

Originaltext

Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung

Abgeschlossen in Ramsar am 2. Februar 1971

Von der Bundesversammlung genehmigt am 19. Juni 1975¹

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 16. Januar 1976

In Kraft getreten für die Schweiz am 16. Mai 1976

(Stand am 6. Juli 2004)

Die Vertragsparteien,

in der Erkenntnis der wechselseitigen Abhängigkeit des Menschen und seiner Umwelt;

in Anbetracht der grundlegenden ökologischen Bedeutung von Feuchtgebieten als Regulatoren für den Wasserhaushalt und als Lebensraum für eine besondere Pflanzen- und Tierwelt, vor allem für Wat- und Wasservögel;

in der Überzeugung, dass Feuchtgebiete ein Bestandteil des Naturhaushalts von grossem Wert für Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Erholung sind und ihr Verlust unwiederbringlich wäre;

von dem Wunsch geleitet, der fortschreitenden Schmälerung und dem Verlust von Feuchtgebieten jetzt und in Zukunft Einhalt zu gebieten;

in der Erkenntnis, dass Wat- und Wasservögel auf ihrem Zug Ländergrenzen überfliegen und daher als internationale Bestandteile des Naturhaushalts betrachtet werden sollten;

im Vertrauen darauf, dass die Erhaltung der Feuchtgebiete mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt durch die Verbindung zukunftsweisender einzelstaatlicher Massnahmen mit aufeinander abgestimmten internationalen Bemühungen gewährleistet werden kann,

sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

1. Feuchtgebiete im Sinne dieses Übereinkommens sind Feuchtwiesen, Moor- und Sumpfgebiete oder Gewässer, die natürlich oder künstlich, dauernd oder zeitweilig, stehend oder fliessend, Süss-, Brack- oder Salzwasser sind, einschliesslich solcher Meeresgebiete, die eine Tiefe von sechs Metern bei Niedrigwasser nicht übersteigen.

2. Die Wat- und Wasservögel im Sinne dieses Übereinkommens sind Vögel, die von Feuchtgebieten ökologisch abhängig sind.

AS 1976 1139; BBl 1974 II 549

¹ Art. 1 Abs. 1 des BB vom 19. Juni 1975 (SR 451.41)

Art. 2

1. Jede Vertragspartei bezeichnet geeignete Feuchtgebiete in ihrem Hoheitsgebiet zur Aufnahme in eine «Liste international bedeutender Feuchtgebiete», die im folgenden als «Liste» bezeichnet und von dem nach Artikel 8 errichteten Sekretariat geführt wird. Die Grenzen des Feuchtgebiets werden genau beschrieben und auf einer Karte eingezeichnet; sie können auch an die Feuchtgebiete anschliessende Ufer- und Küstenbereiche, Inseln oder innerhalb der Feuchtgebiete liegende Meeresgewässer mit einer grösseren Tiefe als sechs Meter bei Niedrigwasser einschliessen, vor allem wenn sie als Lebensraum für Wat- und Wasservogel von Bedeutung sind.
2. Die Feuchtgebiete sollen für die Liste nach ihrer internationalen ökologischen, botanischen, zoologischen, limnologischen und hydrologischen Bedeutung ausgewählt werden. In erster Linie sollen Feuchtgebiete, die während aller Jahreszeiten im Hinblick auf Wat- und Wasservogel von internationaler Bedeutung sind, in die Liste aufgenommen werden.
3. Die Aufnahme eines Feuchtgebiets in die Liste beeinträchtigt nicht die ausschliesslichen Hoheitsrechte der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Feuchtgebiet liegt.
4. Jede Vertragspartei benennt bei Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder bei Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nach Artikel 9 wenigstens ein Feuchtgebiet zur Aufnahme in die Liste.
5. Jede Vertragspartei hat das Recht, weitere Feuchtgebiete innerhalb ihres Hoheitsgebiets der Liste hinzuzufügen, die Grenzen der bereits darin eingetragenen Feuchtgebiete auszudehnen oder sie wegen dringender nationaler Interessen aufzuheben oder enger zu ziehen; die betreffende Vertragspartei unterrichtet so schnell wie möglich die für die laufenden Sekretariatsgeschäfte nach Artikel 8 verantwortliche Organisation oder Regierung über alle derartigen Änderungen.
6. Jede Vertragspartei ist sich sowohl bei der Bezeichnung von Gebieten für die Liste als auch bei Ausübung ihres Rechts, Eintragungen über Feuchtgebiete innerhalb ihres Hoheitsgebiets zu ändern, ihrer internationalen Verantwortung für Erhaltung, Hege und wohlausgewogene Nutzung der Bestände ziehender Wat und Wasservogel bewusst.

Art. 3

1. Die Vertragsparteien planen und verwirklichen ihre Vorhaben in der Weise, dass die Erhaltung der in der Liste geführten Feuchtgebiete und, soweit wie möglich, eine wohlausgewogene Nutzung der übrigen Feuchtgebiete innerhalb ihres Hoheitsgebietes gefördert werden.
2. Jede Vertragspartei trägt dafür Sorge, dass sie so schnell wie möglich unterrichtet wird, wenn die ökologischen Verhältnisse eines in die Liste aufgenommenen Feuchtgebiets innerhalb ihres Hoheitsgebiets sich infolge technologischer Entwicklungen, Umweltverschmutzung oder anderer menschlicher Eingriffe geändert haben, ändern oder wahrscheinlich ändern werden. Die Informationen über solche Verände-

rungen werden an die nach Artikel 8 für die laufenden Sekretariatsgeschäfte zuständige Organisation oder Regierung unverzüglich weitergeleitet.

Art. 4

1. Jede Vertragspartei fördert die Erhaltung von Feuchtgebieten sowie von Wat- und Wasservögeln dadurch, dass Feuchtgebiete – gleichviel ob sie in der Liste geführt werden oder nicht – zu Schutzgebieten erklärt werden und in angemessenem Umfang für ihre Aufsicht gesorgt wird.
2. Hebt eine Vertragspartei im dringenden nationalen Interesse die Grenzen eines in der Liste geführten Feuchtgebiets auf oder zieht sie dessen Grenzen enger, so soll sie, soweit wie möglich, jeden Verlust von Feuchtgebieten ausgleichen, insbesondere für Wat- und Wasservögel sowie - in demselben oder in einem anderen Gebiet - zum Schutz eines angemessenen Teils des natürlichen Lebensraumes zusätzliche Schutzgebiete schaffen.
3. Die Vertragsparteien fördern die Forschung sowie den Austausch von Daten und Publikationen über Feuchtgebiete einschliesslich ihrer Pflanzen- und Tierwelt.
4. Die Vertragsparteien bemühen sich, durch Hege die Bestände von Wat- und Wasservögeln in geeigneten Feuchtgebieten zu vergrössern.
5. Die Vertragsparteien fördern die Ausbildung von Personal, das zur Forschung, Hege und Aufsicht in Feuchtgebieten befähigt ist.

Art. 5

Die Vertragsparteien konsultieren einander hinsichtlich der Erfüllung der sich aus diesem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen, insbesondere in solchen Fällen, in denen sich ein Feuchtgebiet über das Hoheitsgebiet mehr als einer Vertragspartei erstreckt oder mehrere Vertragsparteien an einem Gewässersystem gemeinsamen Anteil haben. Ferner bemühen sie sich darum, gegenwärtige und künftige Massnahmen und Regelungen zur Erhaltung von Feuchtgebieten mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt aufeinander abzustimmen und zu fördern.

Art. 6

1. Es wird eine Konferenz der Vertragsparteien gebildet, welche die Einhaltung des vorliegenden Übereinkommens überwachen und unterstützen soll. Das in Artikel 8 Absatz 1 erwähnte Sekretariat beruft ordentliche Sitzungen der Konferenz in Abständen von höchstens drei Jahren ein, es sei denn, die Konferenz bestimme anders darüber; ausserordentliche Sitzungen beruft das Sekretariat ein, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien schriftlich darum ersucht. Die Konferenz der Vertragsparteien bestimmt in jeder ihrer ordentlichen Sitzungen Zeitpunkt und Ort ihrer nächsten ordentlichen Sitzung.²

² Fassung gemäss Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

2. Die Konferenz der Vertragsparteien hat die Aufgabe:³
 - a) die Erfüllung dieses Übereinkommens zu erörtern;
 - b) Neueintragungen und Änderungen in der Liste zu erörtern;
 - c) Informationen nach Artikel 3 Absatz 2 über Veränderungen der ökologischen Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete zu prüfen;
 - d) den Vertragsparteien allgemeine oder besondere Empfehlungen hinsichtlich der Erhaltung, Hege und wohlausgewogenen Nutzung von Feuchtgebieten einschliesslich ihrer Pflanzen- und Tierwelt zu geben;
 - e) zuständige internationale Gremien um die Erstellung von Berichten und Statistiken über Fragen zu ersuchen, die ihrem Wesen nach international sind und Feuchtgebiete betreffen;
 - f)⁴ weitere Empfehlungen oder Beschlüsse anzunehmen, die der Funktionsfähigkeit des bestehenden Übereinkommens förderlich sind.
3. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass auf allen Ebenen die für die Verwaltung von Feuchtgebieten Verantwortlichen über die Empfehlungen dieser Konferenzen zur Erhaltung, Hege und wohlausgewogenen Nutzung von Feuchtgebieten mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt unterrichtet werden und diesen Empfehlungen Rechnung tragen.
4. Die Konferenz der Vertragsparteien verabschiedet in jeder ihrer Sitzungen eine Geschäftsordnung.⁵
5. Die Konferenz der Vertragsparteien erstellt und überprüft regelmässig die Finanzordnung des bestehenden Übereinkommens. Anlässlich jeder ordentlichen Sitzung verabschiedet sie das Budget für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Parteien.⁶
6. Jede Vertragspartei trägt zu diesem Budget nach Massgabe eines Verteilungsschlüssels bei, der von den anwesenden und stimmberechtigten Vertragsparteien anlässlich einer ordentlichen Konferenz der Vertragsparteien einstimmig angenommen wurde.⁷

Art. 7

1. Zu den Vertretern der Vertragsparteien auf solchen Konferenzen sollen Personen gehören, die aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen, die sie auf Wissenschafts-

³ Fassung gemäss Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁴ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁵ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁶ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁷ Eingefügt durch Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

Verwaltungs- oder anderen einschlägigen Gebieten gewonnen haben, Experten für Feuchtgebiete oder Wat- und Wasservögel sind.

2. Jede an einer Konferenz vertretene Vertragspartei verfügt über eine Stimme. Die Empfehlungen, Beschlüsse und Entscheide werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Vertragsparteien angenommen, es sei denn, das Übereinkommen verfüge anders darüber.⁸

Art. 8

1. Die Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Reichtümer (International Union für Conservation of Nature and Natural Resources) nimmt die laufenden Sekretariatsgeschäfte im Rahmen dieses Übereinkommens solange wahr, bis eine Organisation oder Regierung mit Zweidrittelmehrheit aller Vertragsparteien damit beauftragt wird.

2. Die laufenden Sekretariatsgeschäfte umfassen unter anderem:

- a) Mitwirkung bei der Einberufung und Durchführung von Konferenzen nach Artikel 6;
- b) Führung der Liste «international bedeutender Feuchtgebiete» und Entgegennahme der nach Artikel 2 Absatz 5 von den Vertragsparteien erteilten Informationen über Neueintragungen sowie Ausdehnungen, Aufhebungen oder Einschränkungen der in der Liste geführten Feuchtgebiete;
- c) Entgegennahme der nach Artikel 3 Absatz 2 von den Vertragsparteien erteilten Informationen über alle Veränderungen der ökologischen Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete;
- d) Notifizierung aller Vertragsparteien von jeder Änderung der Liste sowie von Veränderungen der ökologischen Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete sowie Vormerkung dieser Angelegenheiten zur Erörterung auf der nächsten Konferenz;
- e) Mitteilung der Empfehlungen der Konferenz zu den oben genannten Änderungen der Liste oder Veränderungen der Verhältnisse der in der Liste geführten Feuchtgebiete an die betroffene Vertragspartei.

Art. 9

1. Dieses Übereinkommen steht auf unbegrenzte Zeit zur Unterzeichnung offen.

2. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, einer ihrer Sonderorganisationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie jede Partei der Satzung des Internationalen Gerichtshofs⁹ kann Partei dieses Übereinkommens werden durch

- a) Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation;

⁸ Fassung gemäss Änd. vom 28. Mai 1987, von der BVers genehmigt am 16. Dez. 1988 und in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Mai 1994 (AS 1995 65 64; BBl 1988 II 1).

⁹ SR 0.193.501

- b) Unterzeichnung vorbehaltlich der Ratifikation und nachfolgende Ratifikation;
 - c) Beitritt.
3. Ratifikation oder Beitritt werden durch die Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (im folgenden als «Verwahrer» bezeichnet) wirksam.

Art. 10

1. Dieses Übereinkommen tritt vier Monate, nachdem sieben Staaten nach Artikel 9 Absatz 2 Parteien dieses Übereinkommens geworden sind, in Kraft.
2. Danach tritt dieses Übereinkommen für jede Vertragspartei vier Monate nach dem Tag der Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation oder der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Art. 10^{bis} 10

1. Dieses Übereinkommen kann auf einer zu diesem Zweck gemäss diesem Artikel anberaumten Sitzung der Vertragsparteien geändert werden.
2. Jede Vertragspartei kann Änderungen vorschlagen.
3. Der Wortlaut eines Änderungsvorschlags und dessen Begründung werden der Organisation oder Regierung übermittelt, welche die laufenden Sekretariatsgeschäfte im Rahmen des Übereinkommens wahrnimmt (im folgenden als «Sekretariat» bezeichnet), und vom Sekretariat umgehend an alle Vertragsparteien weitergeleitet. Stellungnahmen der Vertragsparteien zum Wortlaut werden dem Sekretariat innerhalb von drei Monaten nach dem Zeitpunkt übermittelt, zu dem das Sekretariat den Vertragsparteien die Änderungen mitgeteilt hat. Unmittelbar nach dem Stichtag für die Einreichung der Stellungnahmen übermittelt das Sekretariat den Vertragsparteien alle bis zu diesem Tag eingegangenen Stellungnahmen.
4. Zur Prüfung einer nach Absatz 3 mitgeteilten Änderung beraumat das Sekretariat auf schriftlichen Antrag eines Drittels der Vertragsparteien eine Sitzung der Vertragsparteien an. Das Sekretariat stimmt Zeit und Ort der Sitzung mit den Vertragsparteien ab.
5. Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen.
6. Eine beschlossene Änderung tritt für die Vertragsparteien, die sie angenommen haben, am ersten Tag des vierten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem zwei Drittel der Vertragsparteien eine Annahmeerkunde beim Verwahrer hinterlegt haben. Für jede Vertragspartei, die eine Annahmeerkunde nach dem Zeitpunkt hinterlegt, zu dem zwei Drittel der Vertragsparteien Annahmeerkunden hinterlegt

¹⁰ Eingefügt durch Art. 1 des Prot. vom 3. Dez. 1982, in Kraft für die Schweiz seit 1. Okt. 1986 (SR 0.451.451).

haben, tritt die Änderung am ersten Tag des vierten Monats nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Annahmearkunde in Kraft.

Art. 11

1. Dieses Übereinkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft.
2. Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen nach einem Zeitraum von fünf Jahren, nachdem es für sie in Kraft getreten ist, gegenüber dem Verwahrer schriftlich kündigen. Die Kündigung wird vier Monate nach ihrem Eingang beim Verwahrer wirksam.

Art. 12

1. Der Verwahrer unterrichtet so bald wie möglich alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von
 - a) Unterzeichnungen dieses Übereinkommens;
 - b) Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden zu diesem Übereinkommen;
 - c) Hinterlegungen von Beitrittsurkunden zu diesem Übereinkommen;
 - d) dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
 - e) Notifikationen von Kündigungen dieses Übereinkommens.
2. Sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, lässt der Verwahrer es beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 ihrer Charta¹¹ eintragen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Ramsar am 2. Februar 1971 in einer einzigen Urschrift in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist¹²; die Urschrift wird beim Verwahrer hinterlegt, der allen Vertragsparteien gleichlautende Abschriften übermittelt.

(Es folgen die Unterschriften)

¹¹ SR 0.120

¹² Fassung dieses Satzteiles gemäss Art. 2 des Prot. vom 3. Dez. 1982, in Kraft für die Schweiz seit 1. Okt. 1986 (SR 0.451.451).

Geltungsbereich des Übereinkommens am 19. März 2004

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)	In-Kraft-Treten
Albanien	31. Oktober 1995 B	29. Februar 1996
Algerien	4. November 1983 B	4. März 1984
Äquatorialguinea	2. Juni 2003 B	2. Oktober 2003
Argentinien	4. Mai 1992	4. September 1992
Armenien	6. Juli 1993 B	6. November 1993
Aserbaidschan	21. Mai 2001 B	21. September 2001
Australien	8. Mai 1974 U	21. Dezember 1975
Bahrain	27. Oktober 1997 B	27. Februar 1998
Bangladesch	21. Mai 1992 B	21. September 1992
Belarus	10. September 1999 N	21. Dezember 1991
Belgien	4. März 1986	4. Juli 1986
Belize	22. April 1998 B	22. August 1998
Benin	24. Januar 2000 B	24. Mai 2000
Bolivien	27. Juni 1990 B	27. Oktober 1990
Bosnien und Herzegowina	24. September 2001 N	1. März 1992
Brasilien	24. Mai 1993 B	24. September 1993
Bulgarien	24. September 1975 U	24. Januar 1976
Burkina Faso	27. Juni 1990 B	27. Oktober 1990
Burundi	5. Juni 2002 B	5. Oktober 2002
Chile	27. Juli 1981 B	27. November 1981
China	31. März 1992 B	31. Juli 1992
Hongkong ^a	9. Juni 1997	1. Juli 1997
Costa Rica	27. Dezember 1991	27. April 1992
Côte d'Ivoire	27. Februar 1996 B	27. Juni 1996
Dänemark	2. September 1977 B	2. Januar 1978
Deutschland	25. Februar 1976	25. Juni 1976
Dominikanische Republik	15. Mai 2002 B	15. September 2002
Dschibuti	22. November 2002 B	22. März 2003
Ecuador	7. September 1990 B	7. Januar 1991
El Salvador	22. Januar 1999	22. Mai 1999
Estland	29. März 1994	29. Juli 1994
Finnland	28. Mai 1974	21. Dezember 1975
Gabun	30. Dezember 1986 U	30. April 1987
Gambia	16. September 1996	16. Januar 1997
Ghana	22. Februar 1988 B	22. Juni 1988
Griechenland	21. August 1975 B	21. Dezember 1975
Guatemala	26. Juni 1990 B	26. Oktober 1990
Guinea	18. November 1992 B	18. März 1993
Honduras	23. Juni 1993 B	23. Oktober 1993
Indien	1. Oktober 1981 B	1. Februar 1982

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)	In-Kraft-Treten
Indonesien	8. April 1992 B	8. August 1992
Iran	23. Juni 1975	21. Dezember 1975
Irland	15. November 1984	15. März 1985
Island	2. Dezember 1977 B	2. April 1978
Israel	12. November 1996	12. März 1997
Italien	14. Dezember 1976	14. April 1977
Jamaika	7. Oktober 1997 B	7. Februar 1998
Japan	17. Juni 1980 B	17. Oktober 1980
Jordanien	10. Januar 1977 B	10. Mai 1977
Kambodscha	23. Juni 1999 B	23. Oktober 1999
Kanada	15. Januar 1981 B	15. Mai 1981
Kenia	5. Juni 1990 B	5. Oktober 1990
Kolumbien	18. Juni 1998 B	18. Oktober 1998
Komoren	9. Februar 1995 B	9. Juni 1995
Kongo (Brazzaville)	18. Juni 1998 B	18. Oktober 1998
Kongo (Kinshasa)	18. Januar 1996 B	18. Mai 1996
Korea (Süd-)	28. März 1997 B	28. Juli 1997
Kroatien	19. November 1992 N	8. Oktober 1991
Lettland	25. Juli 1995 B	25. November 1995
Liberia	2. Juli 2003 B	2. November 2003
Libyen	5. April 2000 B	5. August 2000
Liechtenstein	6. August 1991 B	6. Dezember 1991
Litauen	20. August 1993 B	20. Dezember 1993
Luxemburg	15. April 1998	15. August 1998
Madagaskar	25. September 1998 B	25. Januar 1999
Malawi	14. November 1996 B	14. März 1997
Malaysia	10. November 1994	10. März 1995
Mali	25. Mai 1987 B	25. September 1987
Malta	30. September 1988 B	30. September 1988
Marokko	20. Juni 1980 U	20. Oktober 1980
Mauretanien	22. Oktober 1982 B	22. Februar 1983
Mauritius	30. Mai 2001	30. September 2001
Mazedonien	4. April 1995 N	17. September 1991
Mexiko	4. Juli 1986 B	4. November 1986
Moldau	20. Juni 2000 B	20. Oktober 2000
Monaco	20. August 1997	20. Dezember 1997
Mongolei	8. Dezember 1997 B	8. April 1998
Namibia	23. August 1995 B	23. Dezember 1995
Nepal	17. Dezember 1987 B	17. April 1988
Neuseeland	13. August 1976 U	13. Dezember 1976
Nicaragua	30. Juli 1997 B	30. November 1997

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)		In-Kraft-Treten	
Niederlande	23. Mai	1980	23. September	1980
Aruba	1. Januar	1986	1. Januar	1986
Niederländische Antillen	23. Mai	1980	23. September	1980
Niger	30. April	1987 U	30. August	1987
Nigeria	2. Oktober	2000 B	2. Februar	2001
Norwegen	9. Juli	1974 U	21. Dezember	1975
Österreich	16. Dezember	1982 B	16. April	1983
Pakistan	23. Juli	1976	23. November	1976
Palau	18. Oktober	2002 B	18. Februar	2003
Panama	26. November	1990 B	26. November	1990
Papua-Neuguinea	16. März	1993 B	16. Juli	1993
Paraguay	7. Juni	1995	7. Oktober	1995
Peru	30. März	1992	30. März	1992
Philippinen	8. Juli	1994 B	8. November	1994
Polen	22. November	1977 B	22. März	1978
Portugal	24. November	1980	24. März	1981
Rumänien	21. Mai	1991 B	21. September	1991
Russland	11. Oktober	1976	11. Februar	1977
Sambia	28. August	1991 B	28. Dezember	1991
St. Lucia	19. Februar	2002 B	19. Juni	2002
Schweden	5. Dezember	1974 U	21. Dezember	1975
Schweiz	16. Januar	1976	16. Mai	1976
Senegal	11. Juli	1977 B	11. November	1977
Serbien und Montenegro	3. Juli	2001 N	27. April	1992
Sierra Leone	13. Dezember	1999 B	13. April	2000
Slowakei	31. März	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	5. November	1992 N	25. Juni	1991
Spanien	4. Mai	1982 B	4. September	1982
Sri Lanka	15. Juni	1990 B	15. Oktober	1990
Südafrika	12. März	1975 U	21. Dezember	1975
Suriname	22. Juli	1985 B	22. November	1985
Syrien	5. März	1998 B	5. Juli	1998
Tadschikistan	18. Juli	2001 B	18. November	2001
Tansania	13. April	2000 B	13. August	2000
Thailand	13. Mai	1998 U	13. September	1998
Togo	4. Juli	1995 B	4. November	1995
Trinidad und Tobago	21. Dezember	1992 B	21. April	1993
Tschad	13. Juni	1990 B	13. Oktober	1990
Tschechische Republik	26. März	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien	24. November	1980 B	24. März	1981
Türkei	13. Juli	1994 B	13. November	1994
Uganda	4. März	1988	4. Juli	1988

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbehalt (U)	In-Kraft-Treten
Ungarn	11. April 1979 B	11. August 1979
Uruguay	22. Mai 1984 B	22. September 1984
Usbekistan	8. Oktober 2001 B	8. Februar 2002
Vereinigte Staaten	18. Dezember 1986	18. Dezember 1986
Vereinigtes Königreich	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Akrotiri und Dhekelia	28. Juni 2002 B	28. Oktober 2002
Anguilla	15. Februar 1991	15. Juni 1991
Bermudas	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Britische Jungferninseln	15. Februar 1991	15. Juni 1991
Britisches Territorium im Indischen Ozean	8. September 1998	8. Januar 1999
Falkland-Inseln und abhängige Gebiete (Süd- georgien und Südliche Sandwich-Inseln)	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Gibraltar	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Guernsey	8. September 1998	8. Januar 1999
Insel Man	1. Juni 1992	1. Oktober 1992
Jersey	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Kaimaninseln	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Montserrat	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Pitcairn-Inseln (Ducie, Oeno, Henderson und Pitcairn)	5. Januar 1976	5. Mai 1976
St. Helena und Nebengebiete (Ascension und Tristan da Cunha)	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Turks- und Caicosinseln	5. Januar 1976	5. Mai 1976
Vietnam	20. September 1988 B	20. Januar 1989
Zypern	11. Juli 2001 B	11. November 2001

^a Vom 10. Sept. 1979 bis zum 30. Juni 1997 war das Übereink. auf Grund einer Ausdehnungserklärung des Vereinigten Königreichs in Hongkong anwendbar. Seit dem 1. Juli 1997 bildet Hongkong eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 1. Juli 1997 ist das Übereink. seit dem 1. Juli 1997 auch in der SAR Hongkong anwendbar.

Geltungsbereich der Änderungen am 1. Oktober 1994

Vertragsstaaten	Annahme		Inkrafttreten	
Armenien	6. Juli	1993	1. Mai	1994
Australien	25. Juli	1990	1. Mai	1994
Bangladesch	21. Mai	1992	1. Mai	1994
Bulgarien	21. Juni	1990	1. Mai	1994
Dänemark	3. Januar	1994	1. Mai	1994
Deutschland	20. Juni	1990	1. Mai	1994
Finnland	27. März	1990	1. Mai	1994
Frankreich	1. Juli	1994	1. November	1994
Griechenland	22. Mai	1992	1. Mai	1994
Grossbritannien	27. Juni	1990	1. Mai	1994
Jersey, Bermudas, Cayman-Inseln, Falkland- Inseln und Nebengebiete, Gibraltar, Hong Kong, Montserrat, Pitcairn-, Henderson-, Ducie- und Oeno-Inseln, St. Helena und Nebengebiete, Turks- und Caicos-Inseln	27. Juni	1990	1. Mai	1994
Indonesien	8. April	1992	1. Mai	1994
Irland	28. August	1990	1. Mai	1994
Island	18. Juni	1993	1. Mai	1994
Japan	2. Juni	1988	1. Mai	1994
Jordanien	27. August	1993	1. Mai	1994
Kanada	8. November	1988	1. Mai	1994
Liechtenstein	6. August	1991	1. Mai	1994
Litauen	20. August	1993	1. Mai	1994
Mexiko	2. November	1992	1. Mai	1994
Neuseeland	7. Juli	1993	1. Mai	1994
Niederlande	19. November	1991	1. Mai	1994
Norwegen	20. Januar	1989	1. Mai	1994
Österreich	18. Dezember	1992	1. Mai	1994
Pakistan	20. September	1988	1. Mai	1994
Polen	19. August	1993	1. Mai	1994
Russland	11. Februar	1992	1. Mai	1994
Schweden	6. April	1989	1. Mai	1994
Schweiz	8. Juni	1989	1. Mai	1994
Senegal	1. April	1994	1. August	1994
Südafrika	14. Februar	1992	1. Mai	1994
Trinidad und Tobago	21. Dezember	1992	1. Mai	1994
Tunesien	26. Januar	1993	1. Mai	1994
Ungarn	20. September	1990	1. Mai	1994